

## VPB wird in aufwendigen Prozess involviert

Vermögensverwalter mit Domizil in der Schweiz müssen bis zum 31. Dezember 2022 bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) eine Bewilligung zur Ausübung ihrer Tätigkeit einholen. Die VP Bank mit ihrer Expertise wird dabei professionelle Unterstützung bieten, da ihre Kernkompetenz die umfassende Betreuung externer Vermögensverwalter ist. Damit schafft die VBP nicht nur innovative Kundenerlebnisse, sondern bietet mit ihrem globalen Netzwerk aus renommierten Partnern eine vielfältige Servicelandschaft für höchste Qualitätsansprüche – von Profis für Profis.

## VPB bietet einmaliges Servicepaket

Das Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) hat sich zum Ziel gesetzt, zusammen mit dem Finanzinstitutsgesetz (Finig) das Schweizer Finanzmarktrecht zu modernisieren und an internationale Standards anzupassen. Auch bei der Einhaltung dieser rechtlichen Erfordernisse können unabhängige Vermögensverwalter auf die lösungsorientierten Serviceleistungen der VP Bank zählen. Bis zum Jahresende 2022 müssen Schweizer Vermögensverwalter bei der Finma eine Bewilligung zur Erbringung ihrer Tätigkeit eingeholt haben.

Die VP Bank bietet hierfür in Zusammenarbeit mit zwei renommierten Schweizer Finanzdienstleistern ein einmaliges Servicepaket: Vermögensverwalter erhalten im gesamten Finma-Bewilligungsprozess eine professionelle Begleitung zur Erlangung der Lizenz. Die Unterstützung beinhaltet die Bearbeitung sämtlicher Gesuchunterlagen, Verträge, Weisungen und des internen Kontrollsystems gemäss Finma-Taxonomie.

Damit bekräftigt die Bank ihren Anspruch, als etablierte Partnerin für Intermediäre das traditionelle Bankgeschäft mit dem Zugang zu einem Netzwerk von Spezialisten zu verbinden und ihren Kunden einen spürbaren Mehrwert zu bieten, der passgenau auf ihre Bedürfnisse abgestimmt ist. (pd)

## Arbeitsplätze sichern. Unternehmen entlasten.



Diana Gutjahr  
Nationalrätin SVP



**JA** 13. Februar  
Änderung Stempelabgaben-Gesetz  
stempelabgabengesetz.ch

# Fortschritt für den Werkplatz

Die Wirtschaftskammer Liechtenstein will den Standort mit ihrer Agenda «Werkplatz 2025 plus» stärken.

Dorothea Alber

Es war kein einfaches Jahr, auf welches Martin Meyer als Präsident der Wirtschaftskammer gestern während des alljährlichen Medienapéros zurückblickte. «Das Virus beschäftigte schon im zweiten Jahr die ganze Welt immer wieder mit neuen Überraschungen», betonte er. Unsicherheiten bestimmten das Geschehen. «Wir in Liechtenstein sind rückblickend wohl mit einem blauen Auge davongekommen – zumindest bisher.» Das Jahr 2021 war ein arbeitsintensives, vor allem wegen der Coronapandemie. Gerade die aktuelle Krise habe laut Meyer gezeigt, wie wichtig eine Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer sei, die sich für ihre Mitglieder einsetzt, sie unterstützt und etwa die relevanten Entscheide der Regierung möglichst zeitnah an Mitglieder kommuniziert. Doch die Wirtschaftskammer will nicht nur in der Krise punkten, sondern den heimischen Wirtschaftsstandort auch künftig stärken. Aus diesem Grund hat sie eine Strategie entwickelt, die sie gestern vor den Medien präsentierte.

## Herausforderungen des Werkplatzes bewältigen

Die Agenda «Werkplatz 2015 plus» wird die Basis für verschiedene Massnahmen und Initiativen sein, mit denen die Kammer die KMU-Landschaft stärken will. Konkreter führt Meyer aus, gehe es um mehrere Stossrichtungen, die definiert wurden: Die politischen Rahmenbedingungen verbessern, das Gewerbe fit für die Digitalisierung machen, die Aus- und Weiterbildung fördern, die Nachhaltigkeitsziele in Einklang mit dem Gewerbe bringen, Standortfaktoren bewahren und verbessern sowie die Wirtschaftskammer weiterhin in den Dienst der Unternehmen und damit der Mitglie-



Martin Meyer stellte die neue Agenda gestern vor.

Bilder: Daniel Schwendener



Die Wirtschaftskammer und die Landesbank haben gestern den bereits bestehenden Kooperationsvertrag um weitere drei Jahre verlängert.

der zu stellen. Einen starken Schwerpunkt will Meyer dabei auf die Aus- und Weiterbildung legen. Denn der Fachkräftemangel beschäftigt auch die Mitgliedsunternehmen der Wirtschaftskammer. «Führend als Dienstleister, stark im Netzwerken, einflussreich in der Politik», so lautet die Devise. Bei der Stärkung der Kaufkraft will Meyer verschiedene Standortinitiativen bündeln. In die Agenda sind insgesamt verschiedene Abklärungsergebnisse, Grundlagenarbeiten und Projektideen der vergangenen Monate eingeflossen. Nun, wo die Eckpfeiler der Strategie stehen, werden die insgesamt 24 strategischen Stossrichtungen weiter ausgearbeitet, um diese dann an der Jahresversammlung im Mai präsentieren zu können.

## Verträge mit Partnern wurden verlängert

Sofern es die epidemiologische Lage in diesem Jahr erlaubt, freuen sich Präsident Martin Meyer und Geschäftsführer Jürgen Nigg auf verschiedene gewerbliche Veranstaltungen, wie eben die Jahresversammlung. Doch auch weitere Events stehen auf der Agenda: Die traditionelle Lehrabschlussfeier des Gewerbes zum Beispiel und die Teilnahme an der Lihga, bei welcher die Wirtschaftskammer traditionell das Patronat übernimmt.

Martin Meyer, der seit April 2021 Präsident der Wirtschaftskammer ist, nutzte den gestrigen Medienapéro auch, um allen Partnern zu danken. Der Dank galt insbesondere der Landesbank, mit welcher die Wirtschaftskammer den bestehenden Kooperationsvertrag um weitere drei Jahre verlängerte. Zudem dankte Meyer den LKW, mit welchen der Verband ebenfalls einen neuen Stromvertrag für die Mitglieder abschliessen konnte.

# Vontobel-Mann will Ungeimpfte zur Kasse bitten

Wer ungeimpft ist und ins Spital kommt, soll die Kosten selbst bezahlen, findet der angehende Präsident der Bank.

Pascal Michel

Andreas Utermann ist aktuell Verwaltungsratsmitglied bei der Bank Vontobel. Noch in diesem Frühjahr soll er Präsident des Gremiums werden. Zuvor arbeitete der 56-Jährige für die Allianz Global Investors in London, die zum Versicherungskonzern Allianz gehört. Er kennt das Versicherungsgeschäft also aus erster Hand – und hat deshalb eine «marktbasierte Lösung für das Impffegner-Problem» bereit.

In der «Financial Times» breitete er diese jüngst aus. Statt einer Impfpflicht schlägt er vor, die Ungeimpften stärker an den von ihnen ausgelösten Kosten zu beteiligen. Dies funktioniere bei privaten Versicherungen bereits heute: Neuliker zahlen höhere Prämien als erfahrene Auto-

fahrer, Reiseversicherungen und risikoreiche Aktivitäten planen.

«Eine Möglichkeit, freiwillig Ungeimpfte zur Impfung zu bringen, ist, sie an den Kosten ihrer eigenen Covid-Erkrankung im Spital zu beteiligen», schreibt Utermann. «Nun werden einige einwenden, dass dies finanziell Schwache und ethnische Minderheiten stark treffen würde, während Reiche einen Freipass erhalten.» Er schlägt deshalb eine Regelung wie bei der Festsetzung von Geschwindigkeitsbussen vor. Die Beteiligung an den eigenen Spitalkosten soll anhand eines Prozentsatzes des jährlichen Einkommens berechnet werden. Martin Eling, Direktor des Instituts für Versicherungswirtschaft an der Universität St. Gallen, kann solchen Vorstössen viel abee-

winnen. «Die Schweizer Pandemiepolitik hat stets die Eigenverantwortung stark betont. Es wäre angemessen, diese auch bei der Krankenversicherung spielen zu lassen», sagt er zu CH Media.

## «Gar kein so revolutionärer Eingriff in unserem System»

In der Grundversicherung existieren in der Schweiz mit Selbstbehalt und Franchise Mechanismen, um die Versicherten an den Kosten zu beteiligen. Und in den Zusatzversicherungen dürfen Anbieter Prämien nach Risiken anpassen. Daraus folgert Eling, dass eine zeitlich begrenzte Lösung, bei der Ungeimpfte im Spital stärker zu Kasse gebeten würden, im Schweizer System gar kein so revolutionärer Eingriff wäre. «Neu wäre, dass der



Andreas Utermann. Bild: Imao

Impfstatus während der Pandemie in der Grundversicherung eine Rolle spielen würde.» Wenn man diesen «Corona-Selbstbehalt» an die finanziellen Verhältnisse anpasser würde, so Eling, könne dies für einige ein Anreiz sein, sich doch noch impfen zu lassen. In Singapur ist dies bereits Realität: Wer ungeimpft auf der Intensivstation landet, muss über 18 000 US-Dollar an die Behandlungskosten zahlen. In der Schweiz dürfte das Wunschdenken bleiben. Ein solches Modell stehe derzeit nicht zur Diskussion, heisst es beim Bundesamt für Gesundheit. Die Bank Vontobel legt Wert darauf, dass es sich bei der Aussagen «um die persönliche Meinung von Andreas Utermann» handelt.